



Wiener: Nein zu Glyphosat bis 2034

Kommission legt Vorschlag für Zulassungsverlängerung vor. Glyphosat soll mit wenigen Einschränkungen 10 weitere Jahre genutzt werden können.

Brüssel, 20. September. Ende 2023 läuft die Zulassung für das Breitbandherbizid Glyphosat aus. Nachdem die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im Juli ihre Einschätzung veröffentlicht hatte, soll im Oktober über eine Verlängerung abgestimmt werden. Der heute veröffentlichte Entwurf der Kommission schlägt eine Zulassung bis 2034 vor.

Sarah Wiener, Grüne EU-Abgeordnete und Berichterstatterin der neuen Pestizidverordnung (SUR), sieht das kritisch: *„Die jüngste Einschätzung der EFSA war nicht aussagekräftig: Trotz fehlender Daten wurde getan, als gäbe es keine kritischen Punkte. Die EFSA selbst hat später zugegeben, dass wichtige Aspekte aufgrund fehlender Mittel gar nicht geprüft werden konnten. Die Auswirkungen von Glyphosat auf unser menschliches Mikrobiom und damit unser Immunsystem wurden nicht bewertet, obwohl es unabhängige Studien mit besorgniserregenden Ergebnissen dazu gibt. Gleichzeitig hat die EFSA langfristige Risiken für Säugetiere festgestellt – in 12 von 23 Anwendungsbereichen von Glyphosat. Angesichts dessen eine Verlängerung um 10 Jahre vorzuschlagen, ist hochfahrlässig und widerspricht dem EU-Vorsorgeprinzip.“*

2018 hatte man sich nach langem Tauziehen – und aufgrund massiven Drucks aus der Öffentlichkeit – auf nur 5 Jahre geeinigt. Die Industrie hat eine Verlängerung um 15 Jahre beantragt. Dem kommt die Kommission fast nach, mit kleinen Zugeständnissen: Das Ausbringen von Glyphosat zur Abreifebeschleunigung vor der Ernte soll etwa verboten werden.

Zu spät, zu wenig, kommentiert Sarah Wiener: *„In vielen Ländern – etwa Österreich – ist die Praxis Glyphosat vor der Ernte zu spritzen zurecht längst verboten. Die Kommission schlägt vor, was ohnehin selbstverständlich sein sollte. Angesichts der verursachten Schäden an Umwelt und Gesundheit ist ein Kompletterverbot von Glyphosat überfällig und im Sinne der EU-Bürger und Bürgerinnen. Zwei Drittel der Befragten haben sich in der neuesten Umfrage des Marktforschungsinstituts Ipsos gegen Glyphosat ausgesprochen. Das macht umso enttäuschender, dass die Kommission die Zulassung nicht zumindest auf 5 Jahre beschränkt und die Anwendungsgebiete stärker eingrenzt. Alternativen – von der Unkrautbekämpfung mit Strom über die mechanische Bearbeitung – gibt es genug. Nutzen wir sie.“*

Die Abstimmung über die Zulassung erfolgt am 12. Oder 13. Oktober im Scopaff, im ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel, des Rates.

Kommissionsvorschlag zur **Verlängerung der Zulassung von Glyphosat**:

<https://ec.europa.eu/transparency/comitology-register/screen/documents/092073/1/consult?lang=en>

Studie "**Alternativen zu Glyphosat**": <https://www.greens-efa.eu/en/article/study/weed-management-alternatives-to-the-use-of-glyphosate>

Rückfragehinweis:

Ludmilla Reisinger

Pressesprecherin Sarah Wiener, MdEP

ludmilla.reisinger@la.europarl.europa.eu

+43 660 3213732